

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 44/44. Jg.

30. Okt. 1931

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement. Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis mit *Graph. Technik* 0,50 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungskatalog Nr. 3573). Für die Länder des Weipostvereins 1.- Mk.

Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Redaktions-
schluß: Montag. Fernruf: B 2, Lütow 5583.
Verlag: Johannes Haß, Berlin W 9. - Druck und Expedition:
Conrad Müller, Schenkenditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonparelletze oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. - *Zuschriften an die Expedition erbeten.* [Postverlagort Schenkenditz]

Verantwortlicher Schriftsteller: Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Für Inserate verantwortlich: Conrad Müller, Schenkenditz-Leipzig, Augustastr. 8-9.

Gescheiterte Verhandlungen im Steindruckgewerbe

Dieweil wenige Großindustrielle immer besser erkennen, daß der Weg aus der Weltwirtschafts- und Weltfinanzkrise nicht über Abbau der Löhne, Verschandelung der Sozialgesetzgebung und Vernichtung des kollektiven Arbeitsrechts, sondern über Stärkung der Kaufkraft, Demokratisierung der Wirtschaft und Sicherung der Existenz der breiten Bevölkerungsmassen führt, macht die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und ihr Anhang noch immer in stärkster wirtschaftlicher Bedrückung der Arbeiterklasse und hofft auf dem Rücken total verelendeter Arbeitermassen wieder zur wirtschaftlichen Prosperität zu kommen. Sie sind deshalb taub und hören das Grollen der Träger der Wirtschaft nicht, das doch ganz deutlich eruptive Erschütterungen der kapitalistischen Wirtschaft anzeigt, deren Todesstunde nach Owen Young gekommen ist, wenn sie nicht baldigst einen Weg aus der Krise findet. Und daß die Weisheit sturen Lohnabbaues nicht aus der Wirtschaftskrise herausführt, zeigen die in geometrischer Progression zum erfolgten Lohnabbau steigenden Arbeitslosenziffern.

Als getreuer Fridolin der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände ist selbstverständlich auch der Schutzverband Deutscher Steindruckereibesitzer der Meinung, daß die Rettung der kapitalistischen Wirtschaft nur über die totale Verelendung der Arbeiterklasse möglich ist. Er macht, angeblich getrieben durch seine Mitglieder, ebenfalls feste in Lohnabbau und läßt im „Steindruckgewerbe“ mit längst abgegriffenen Argumenten begründen, daß nur die schmutzigste Schmutzkonzurrenz den Export gewerblicher Waren retten kann. Der Sturz des Pfundes Sterling habe in England geschlossene Betriebe geöffnet und Arbeitslose in Arbeit gebracht. Wenn die bisherige deutsche Beschäftigungsquote aufrecht erhalten werden solle, bleibe als Problem nur die Frage, wie die durch die deutsche Kreditkrise und die englische Währungskrise bereits erfolgte Kaufkraftminderung wirtschaftlich und sozial am besten zu verteilen ist. Und da gibt es für das „Steindruckgewerbe“ als beste Lösung nur: Abbau des Lohnes! Die Illusion ist also, trotz der doch weithin klingenden Knallschoten, die der bisher vorgenommene Lohnabbau durch gewaltige Steigerung der Arbeitslosigkeit diesen Wirtschaftsstrategen verabfolgt hat, noch lustig am Leben und zwingt zu der Annahme, daß man in totaler Verkennung der Sachlage wie 1789 am Krater eines mit Spannungen überreichlich geladenen Wirtschaftssystems tanzt.

Diese Situation lag vor den Kollegen, die die Lohnverhandlungen im Steindruckgewerbe am Montag, dem 26. Oktober zu führen hatten. Wie üblich, eröffnete Herr Wolff die Verhandlungen. Sie hätten das Lohnab-

kommen gekündigt, nicht um einer Devise zu folgen, sondern um reine Gewerbepolitik zu treiben. Damit sei der Gedanke abgelehnt, die schwierige Lage der Gehilfenschaft auszunutzen. Im Gegenteil: Die Unternehmer hätten immer nach einem friedlichen Ausgleich gesucht. Daher komme es, daß die Gehilfen selbst feststellen könnten, daß der Lohnabbau im Steindruckgewerbe am geringsten sei. Dem steht die Lage der Betriebe gegenüber. Die Ausgaben seien hier mit den Einnahmen nicht mehr in Einklang zu bringen. Und von allen Ausgaben könnten die Löhne am wenigsten gesenkt werden. Ihre Steigerung von 1924 bis 1931 betrug fast 100 Proz., dagegen ist der Lebenshaltungsindex sich fast gleich geblieben. Die Preise richteten sich aber nach den allgemeinen Verhältnissen. Das zwingt schon an sich dazu, die Kalkulation unter Einsetzung der modernsten Maschinen abzugeben. Hinzu kämen noch die Schwierigkeit des Absatzes ins Ausland infolge der Währungs- und Zollschwierigkeiten. Wenn wir als Gewerbe existenzfähig sein wollten, müßte eine Senkung der Produktionskosten eintreten. Leider bringe die Gehilfenorganisation dafür kein Verständnis auf. Dadurch verliere sie aber die Pflicht nicht mitzuwirken, die Betriebe zu erhalten. Deshalb müßten die Gehilfen ein weites Entgegenkommen zeigen und mithelfen, den Lohn zu senken. 12 Proz. sei der Satz, den die Unternehmer unbedingt an Senkung des Lohnes haben müßten.

Wie üblich, antwortete auch diesmal Herr Wolff Kollege Haß. Für die gezahlten Löhne hätten die Unternehmer auch eine entsprechende Leistung erhalten, qualitativ wie quantitativ. Wenn eine solche Leistungssteigerung, wie in unserem Gewerbe zu verzeichnen sei, dann müßte dafür den Gehilfen auch ein entsprechender Lohn gezahlt werden. Das um so mehr, da eine Kurzarbeit zu verzeichnen sei, die das Arbeitseinkommen oft mehr als um die Hälfte senke. Aber was sei denn bei dem letzten Lohnabbau für das Gewerbe herausgekommen? Seit dieser Zeit seien mehr denn 1000 Kollegen mehr arbeitslos geworden! Welche Not aus der langandauernden Arbeitslosigkeit erwache, könnten die Unternehmer sich nicht vorstellen. Die Folgen davon seien aber ganz offensichtlich. Die Politik, alles und alles auf die Arbeiterschaft abzuladen, machte die Gehilfenorganisation auf keinen Fall mit! Denn eine weitere Lohnsenkung bringe dem Gewerbe auch nicht das Geringste ein, weil sich alles sehr schnell in Relation zueinander bringt. Deshalb alles zusammengefaßt, ergäbe sich nur die eine Stellungnahme der Gehilfenschaft, jeden Abbau des Lohnes rundweg abzulehnen und jeden Angriff auf den Lohn den größten Widerstand entgegenzusetzen.

Herr Wolff entgegnet darauf, daß ohne

Lohnabbau vielleicht die doppelte Zahl Arbeitsloser mehr wäre. Es komme nur darauf an, die Betriebe zu erhalten und das Chaos zu vermeiden. Wäre nicht schon ein Abbau auf allen Gebieten möglich gewesen, dann wäre die Arbeitslosigkeit noch größer. Die erreichten Löhne waren keine Leistungslöhne, sondern Konjunkturlöhne, und nur erreicht durch die Ausnützung der Konjunktur. Die Unternehmer müßten deshalb den Angriff zurückweisen, nicht gehalten zu haben, was sie versprochen hätten. Die überaus schlechte Lage treffe auch die andern Volkskreise nicht minder hart und die Arbeiter sollten sich auch das ansehen. Zum Schluß wies Herr Wolff nochmals daraufhin, daß zur Erhaltung der Betriebe unbedingt eine Senkung der Produktionskosten erfolgen müsse.

Den Darlegungen des Herrn Wolff stellt Kollege Haß nochmals gegenüber, daß der Kapitalismus abgewirtschaftet hat, wenn er dem Arbeiter kein Auskommen mehr bieten kann. Der Arbeiter hat eben gelernt, auch existieren zu wollen. Was ist denn dem Gewerbe geblieben von den leistungsfähigeren Maschinen? fragt Kollege Haß. Diesen Weg ins Nichts machen die Gewerkschaften nicht mit.

Die weitere Aussprache bewegt sich in der gleichen Richtung wie vorher berichtet. Kollege Herbst ging noch besonders auf die durch die Kurzarbeit gesenkten Löhne ein und wies nach, daß ein weiterer Lohnabbau einfach unmöglich ist. Aber trotzdem mit Engselzungen den Unternehmern gepredigt wurde, daß Lohnabbau notwendigerweise weitere Verschärfung der Krise bedeuten muß, waren sie von ihrer Forderung eines Lohnabbaues nicht abzubringen. Sie begründeten vielmehr mit Hartnäckigkeit, daß den Betrieben durch eine weitere Senkung der Löhne geholfen werden müsse. Die Auseinandersetzungen nahmen zum Teil so scharfe Formen an, daß eine Fortführung der Verhandlungen gefährdet erschien. Das kennzeichnet die Situation außerordentlich scharf. Aber die Gehilfen blieben bei ihrem Nein, und so müßten die Verhandlungen enden wie vorausgesehen werden konnte: Die Gehilfen lehnen einen weiteren Lohnabbau ab!

An dieser Stellungnahme der Gehilfenvertreter konnte auch ein letzter Versuch des Schutzverbandsvorsitzenden nichts ändern, der noch einmal alle Minen springen ließ, diese Stellungnahme zu erschüttern. Das Nein der Gehilfenvertreter auf alle Unternehmerforderungen aber blieb. Damit waren alle freien Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft. Der Schutzverband wird nun das Reichsarbeitsministerium zur Hilfeleistung anrufen; der Kampf um den Lohn tritt damit in sein zweites Stadium ein. Warten wir ab was es bringen wird.

Jahrmärktspropheten

Die „Nationale“ Opposition hielt ihren Jahrmärkt in Harzburg ab. Hugenberg, Duesterberg, Seldte und Hitler logen Seite an Seite und im Bunde war Herr Schacht, der stark von sich reden macht.

Wer ist Herr Schacht?

Er war bis vor etwa 1 1/2 Jahren Präsident der Reichsbank mit einem Jahresgehalt von 340 000 Mark. Als er abging erhielt er als Abgangsgeld einen achtfachen Jahresgehalt, das sind 2,7 Millionen Mark. Wenn diese Millionen nur zu fünf Prozent sich verzinsen, so bezieht er eine Jahresrente von 135 000 Mark. Außerdem wurde er nach seinem Abgang für seine Verdienste an der Industrie von dieser mit verschiedenen Aufsichtsratsposten belehnt.

Herr Schacht macht also von sich reden. Nach einem Bericht bürgerlicher Zeitungen soll er in Harzburg gemeint haben, die Gesundheit Deutschlands sei nicht eine Frage von Programmpunkten, sie sei auch nicht eine Frage der Intelligenz, sondern eine Frage des Charakters.

Das Geständnis, es wäre keine Intelligenz notwendig um an der Gesundheit Deutschlands mitzuarbeiten, ist bezeichnend für ihn. Er scheint sich und die „nationale“ Front gut zu kennen. Allerdings, wenn Herr Schacht das nicht gesagt hätte, gewußt haben wir es schon lange, daß dort drüben von Intelligenz nichts zu merken ist.

Und der Charakter?

Schacht liefert sofort den Beweis dafür. Er erzählt der staunenden Welt, daß die Reichsbank außerordentlich gefälscht sei und die Reichsbank bankrott wäre. Er weiß ganz genau wessen Verbrechen er sich damit schuldig macht. Wir behaupten absichtlich! Er will die deutsche Währung vernichten, um damit das letzte Tor für den Sieg der Reaktion aufzustoßen. Wie ein Schuljunge, der ertappt wird, will er es jetzt nicht gewesen sein.

Es sind nicht unsere Gründe, aber immerhin ist es außerordentlich erfreulich, mit welcher Deutlichkeit der Reichsfinanzminister Dietrich Herr Schacht am Tage darauf geantwortet hat. Er meinte, an Überheblichkeit leiden noch mehr Leute in Deutschland. Es ist allmählich Sitte geworden, daß jemand, je mehr er schimpft, desto mehr glaubt ein Recht zu haben, sich als national zu bezeichnen. Es wäre eine dankenswerte Aufgabe für Schacht gewesen während seiner Tätigkeit als Reichsbankpräsident, die deutsche Auslandsverschuldung festzustellen. Er hat das nicht getan. Die Ohrfeige sitzt.

Schacht hat vom Bankrott der Reichsbank gesprochen unter Hinweis auf die Inanspruchnahme eines Bereitschaftskredites in Höhe von 50 Mill. Dollar. Dietrich hält ihm vor, daß er diesen Kredit selbst besorgt habe.

Die Reichsbank wendet sich in einer scharfen Erklärung gegen diese nationalen Inflationismacher und Brüning gelbeißt das Verbrechen im Reichstag nicht weniger scharf.

Während ich das schreibe kommt mir eine Erinnerung. Ich schlage nach und finde: Im „Schleißstein“ schreibt Herr Dr. Cramer im Februarheft vorigen Jahres u. a.:

„Den ersten Schritt — einen Schritt von der Geldseite her — tat Dr. Schacht. Dieser aufrechte Mann, chevalier sans peur et sans reproche (Ritter ohne Furcht und ohne Tadel. D. V.). Hüter der Währung und damit des Fundamentes deutscher Wirtschaft überhaupt . . .“

Herr Cramer wie wird Ihnen? Neben dem Versagen Ihrer ökonomischen Theorie, die Ankerbelegung der Wirtschaft durch Lohnabbau zu ermöglichen, erleben Sie auch noch diesen Hereinfall. Sie werden in Zukunft etwas vorsichtiger sein müssen, denn wir nehmen nicht an, daß Sie auch jetzt noch Herrn Schacht als den Hüter der Währung gelten lassen.

Schacht als Erzengel Gabriel mit dem flammanden Schwert vor den Torsoren der Reichsbank, das ist auch zu ulkig. Es würde besser passen: der Ritter von der traurigen Gestalt.

Schachts Weisheit lautete aber noch weiter: Diese Generation müsse sich bescheiden, sparen und arbeiten. Sicher zählt sich Herr Schacht nicht zu dieser Generation, denn er ist weder bescheiden, siehe Riesengehalt und Abfindungssumme, Aufsichtsratsposten etc., noch spart er, noch arbeitet er.

Wenn Schacht und andere Jahrmärktspropheten es wagen den Massen zu sagen, sie sollen sparen, nachdem sie kaum genügend zu leben haben und ihnen zu lehren, sie sollen arbeiten, nachdem die Unfähigkeit der kapitalistischen Wirtschaft in der ganzen Welt mehr wie 50 Millionen Menschen arbeitslos und damit 200 Millionen Menschen in das tiefste Elend gestürzt hat, so weiß man nicht, soll man über soviel „Weisheit“ staunen oder über die Unverfrorenheit sich entrüsten. Soviel Gemisch von beiden, soviel Schwadronieren haben wir bisher nur bei einem in Deutschland gefunden und das ist der Nationalheros a. D. Ludendorff. Herr Schacht ist auf dem besten Wege ihm zu folgen, deshalb kann er so weiter reden. Wie einst Ludendorff empfiehlt sich heute er als Kan-

didat zur Reichspräsidentenwahl für den Interessenhaufen der Reaktion. Wir gratulieren heute schon. Im übrigen kann er und die ganze nationale Front uns gestohlen werden. Anzeige wird nicht erstattet. — l.

Entwicklung und Ausbau des Arbeitsrechtes

Von Clemens Nörpel.

II.

Von einem Versagen besonders des Reichsarbeitsgerichts muß vor allem bei der Auslegung der Bedeutung des Schutzes der im Artikel 159 der Reichsverfassung gewährleisteten wirtschaftlichen Vereinigungsfreiheit gesprochen werden. Bis heute hat das Reichsarbeitsgericht trotz vielfacher Gelegenheit sich noch nicht entschlossen, in Übereinstimmung mit der fast herrschenden Meinung im Schrifttum anzuerkennen, daß es einen besonderen verfassungsmäßigen Schutz derjenigen, die keine Gewerkschaftsmitglieder sind oder nicht werden wollen, nicht gibt. Dagegen hat das Reichsarbeitsgericht zugelassen, daß Arbeiter wegen Verschweigens der Gewerkschaftszugehörigkeit oder Forderung des Tariflohnes entlassen werden können. Diese Einstellung ist unerträglich. Es liegen auch dem Reichstag bereits auf Veranlassung der Gewerkschaften Anträge vor, die durch gesetzliche Änderung diese Nachteile beheben sollen.

Bei der endgültigen Schaffung eines Tarifvertragsgesetzes ist zu beachten, daß in einer wirtschaftlich und politisch so unübersichtlichen Entwicklung wie gegenwärtig, der Boden für die endgültige Verabschiedung so wichtiger Gesetze wenig günstig ist. Es kann einstweilen durchaus dabei sein Bewenden haben, durch gesetzliche Ergänzungen zu dem geltenden Tarifrecht festzulegen, daß es auch einen nachträglichen Verzicht auf tarifliche Rechte wirksam nicht gibt. Außerdem muß durch Beschleunigung der Allgemeinverbindlicherklärung die Entziehung von der Erfüllung tarifvertraglicher Arbeitsbedingungen weitgehend unmöglich gemacht werden.

Die österreichische Zwischenlösung der Neuordnung des Tarifrechts und die Vorschläge des Reichsarbeitsministers Stegerwald über Schaffung von Tarifgemeinschaften mit der zwangsläufigen Tendenz der Aufhebung der Selbständigkeit der wirtschaftlichen Vereinigungen beweisen im übrigen die vorstehend vertretene Ansicht, wie wenig zweckmäßig eine endgültige gesetzliche Regelung des Tarifrechts augenblicklich wäre. Für die Aussprache über Vorschläge zu einer endgültigen Regelung, die nach wie vor dringend nötig ist, sind folgende Vorschläge zu beachten: Erstens den obligatorischen Bestimmungen des Tarifvertrages einen gewissen öffentlich-rechtlichen Einschlag zu geben. Zweitens ein Bußverfahren bei Verstößen von Arbeitgebern gegen obligatorische Bestimmungen, wie Friedenspflicht, Durchführungspflicht, Wiedereinstellungsklausel, Nichtbenutzung eines vorgeschriebenen Arbeitsnachweises usw. im Beschlußverfahren der Arbeitsgerichtsbehörden einzuführen, drittens nach Schaffung eines Haupttarifamtes diesem das Recht zu geben, gegenüber wirtschaftlichen Vereinigungen bei Tarifbruch in der gleichen Weise (durch Bußverfahren) vorzugehen.

Wenn auch der Tarifvertrag ein privatrechtlicher Vertrag ist, so handelt es sich eben doch um einen Vertrag eigener Art, der gewisse öffentlich-rechtliche Wirkungen hat. Nicht nur aus diesem Grunde, sondern auch wegen der Notwendigkeit des Bestandes der wirtschaftlichen Vereinigungen für das Staatsleben ist die Haftung bei Tarifbruch nach den Grundsätzen des Bürgerlichen Gesetzbuches unzweckmäßig. Die Buße, die Rücksicht auf den Bestand der wirtschaftlichen Vereinigungen nehmen kann, ist vorzuziehen. Im übrigen muß die Durchführung der Tarifverträge durch den sittlichen Gedanken der Tariftreue weitgehend gewährleistet sein.

Aber die Verwirklichung dieser Gedanken, die eine Weiterentwicklung nicht nur des kollektiven Arbeitsrechtes sondern auch des Staates in einem sozial fortschrittlichen Sinne zur Voraussetzung haben, scheitert gegenwärtig an der entgegenstehenden Auffassung der Reichsregierung und des Reichsarbeitsministers. Die Einbrüche in laufende Tarifverträge durch die Notverordnungen, die Aufhebung der Rechtsansprüche aus bestehenden Arbeitsverträgen, die Auflockerung des Tarifrechts durch Einschränkungen bei Allgemeinverbindlicherklärungen und durch Verzicht auf Allgemeinverbindlicherklärungen bedeuten nicht nur eine schwere Erschütterung des Tarifgedankens, sondern auch der Vertragstreue und damit des Vertrauens der Arbeiterklasse zu dem demokratischen Staat.

Nachdem es den Gewerkschaften weitgehend gelungen ist, bei der Durchführung von Arbeitskämpfen und bei den Auseinandersetzungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern unerlaubte Handlungen von Seiten der Arbeiter fast ausnahmslos zu unterbinden, hat die Reichsregierung, ohne daß dies durch den Artikel 48 der Reichsverfassung jemals zu begründen wäre, vorhandene Verträge zerschlagen und damit die für die ge-

sunde Entwicklung jedes Staates unerlässliche Anerkennung der Vertragstreue mindestens im Verhältnis von Arbeitgebern zu Arbeitnehmern auf unabsehbare Zeit erschüttert. Nur eine schleunige Zurücknahme der betreffenden Bestimmungen in den Notverordnungen durch die Reichsregierung wäre in der Lage, wenigstens einigermaßen den bereits angerichteten Schaden wieder gut zu machen.

Die Gewerkschaften haben das Schlichtungswesen stets als eine staatspolitische Aufgabe anerkannt. Jeder Staat muß, um die Interessen aller Staatsbürger wahrzunehmen, Machtmittel haben, diese Aufgabe durchzuführen. Diese Machtmittel können im allgemeinen polizeilicher oder strafrechtlicher Art sein. Im Bereich des kollektiven Arbeitsrechtes ist das dem Sinn dieser Aufgabe des Staates entsprechende Mittel die Schlichtung. Es muß jedoch hervorgehoben werden, daß das Schlichtungswesen schon seit Jahren diese Aufgabe nicht erfüllt. Der Staat hat dieses Mittel nicht angewendet, um sozial schwachen Schichten beizustehen, sondern in erster Linie, um durch Lohnabbau in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung begründete Schwierigkeiten des Unternehmertums zu beseitigen oder zu mildern. Mit einem so wirksam werdenden Schlichtungswesen fühlen sich die Gewerkschaften innerlich keineswegs verbunden. Deswegen verfallen sie aber nicht der Illusion, durch die Forderung der Beseitigung des Schlichtungswesens allein diesen Zustand ändern zu können, denn der Staat würde sich dann eben anderer, mit dem kollektiven Arbeitsrecht vollkommen in Widerspruch stehender Mittel bedienen, um, wenn seine gegenwärtige Einstellung sich nicht wandelt, gegen die Arbeiterklasse seinen Willen durchzusetzen. Grundsatz der Gewerkschaften ist außerdem nach wie vor in erster Linie, den Abschluß freier Tarifverträge herbeizuführen. Die Gewerkschaften lehnen auch ab, daß etwa das Schlichtungswesen gewissermaßen automatisch oder büromäßig eingreift, um die Löhne zu regeln. Bis zur Herbeiführung der Voraussetzung für den Abschluß freier Tarifverträge kann in Einzelfällen durchaus ein tarifloser Zustand einem schematischen Eingreifen des Schlichtungswesens vorzuziehen sein. Denn das Schlichtungswesen muß für die laufende Lohnregelung ein Hilfsmittel bleiben, es darf nicht ausschließlich Instrument der Lohnfestsetzung werden. Eine solche Handhabung würde sich von der staatlichen Lohnfestsetzung nicht mehr unterscheiden. Staatliche Lohnfestsetzung als Regel ist für die Gewerkschaften lehnen sie ab. Sie treten ein für das kollektive Arbeitsrecht. Die Gewerkschaften wollen: selbständige Träger der Lohnvereinbarungen sein und bleiben.

Die Anerkennung des kollektiven Arbeitsrechtes erfordert seine Ausdehnung auf die gesamte Arbeitnehmererschaft und damit natürlich auch auf die Lehrlinge. Gegenwärtig ist in der Rechtsprechung der Lehrvertrag als Arbeitsvertrag allgemein anerkannt. Der Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes will diese Tatsache wieder beseitigen. Es soll den Gewerkschaften nicht mehr möglich sein, den materiellen Teil des Lehrvertrages in Tarifverträgen zu regeln. Würde dieser Entwurf Gesetz, dann würde den Gewerkschaften die selbständige Sorge für die Regelung der Arbeitsbedingungen des Nachwuchses der Arbeiterklasse insoweit genommen werden. Lebensnotwendige Interessen der Arbeiterklasse stehen einer solchen Regelung entgegen. Die Lehrlinge sind und bleiben auch nach der Lehrzeit Angehörige der Arbeiterklasse, die sie in ihrem Geiste erziehen muß. Sie sind nicht Angehörige des Handwerks dessen Einwand, daß die Betreuung der Lehrlinge seine Sorge sei, nicht stichhaltig ist. „Durch Ausbildung der Lehrlinge will der Handwerksmeister nicht dem Handwerk dienen, sondern nur seinen eigenen Interessen. Der Handwerksmeister braucht die Lehrlinge nicht nur als billige Arbeitskräfte, sondern später auch als Gesellen, um seinen Betrieb aufrecht zu erhalten und seinen Profit zu sichern. Dieses zwangsläufig egoistische Interesse hat hinter dem Allgemeininteresse der Arbeiterklasse an ihrem Nachwuchs zurückzutreten. Das Berufsausbildungsgesetz muß daher den Vorrang des Tarifvertrages eindeutig feststellen und außerdem die Gleichberechtigung der Gewerkschaften bei der Festsetzung von Richtlinien für die Ausbildung der Lehrlinge sicherstellen.“

Die heute von einzelnen Gewerkschaften mit der Ständespitzenorganisation des Handwerks vereinbarten Lehrlingsordnungen entsprechen diesen Grundsätzen nicht immer in vollem Umfange. Es muß die erste Sorge der Gewerkschaften sein, keine Vereinbarungen zu treffen, die nicht den Vorrang des Tarifvertrages und die gleichberechtigte Mitwirkung bei der Schaffung von Ausbildungsrichtlinien enthalten. Auch bei der Vereinbarung von Lehrlingshöchstzahlen in Lehrlingsordnungen haben die Gewerkschaften die Sorge für die gesamte Jugend voranzustellen. Denn es kann nicht als eine für die Gewerkschaften erträgliche Lösung anerkannt werden, durch Festlegung von Lehrlingshöchstzahlen nur einem kleinen Bruchteil der Jugendlichen die Erlernung eines Handwerks zu ermöglichen, ohne sich schlüssig zu werden, was aus der übergroßen Mehrzahl der Jugendlichen nun eigentlich werden soll.

VERBAND UND BERUF

Edo des Verbandstages

Die Aussprache der Kollegen über die Beratungen und die Beschlüsse des Verbandstages in Erfurt dürfte als vorläufig abgeschlossen nun zu bezeichnen sein. Zieht man das Fazit aus der gepflogenen Aussprache, dann muß festgestellt werden, daß die Kollegenschaft bis auf wenige Ausnahmen der Ansicht ist, den Verband als Gewerkschaft unter allen Umständen zu erhalten. Denn darum ging es bei den Beratungen des Erfurter Verbandstages in erster Linie.

Vergegenwärtigen wir uns noch einmal kurz was war. In unendlich schwerer Arbeit hatten ein- und weitsichtige Kollegen in jahrelangen Bemühungen die übergroße Mehrzahl der Kollegen für den Organisationsgedanken gewonnen. Unter eben so vielen Mühen wurde die Einheitsorganisation durch Verschmelzung des Senefelder-Bundes mit dem Verband geschaffen. Der Solidaritätswillen der Kollegen ging weit über das gewerkschaftliche hinaus und schuf auf der Erfahrung aufbauend ein ausgebautes Unterstützungswesen mit festen Unterstützungsnormen. Der Wille der Kollegen, die geltenden Unterstützungssätze nach Möglichkeit noch weiter zu erhöhen, zeigt sich in allen Verbandstagsprotokollen. Darin ist auch sehr deutlich zu lesen, wie vor Überspannungen der Unterstützungseinrichtungen gewarnt wurde. Deshalb in unserem Verbands die wiederholt gepflogene Debatte, ob der Verband eine Gewerkschaft oder ein Unterstützungsverein sein soll.

Bisher ergaben die wirtschaftlichen Verhältnisse und die Erfahrung, daß die normierten und auf solidarischer Hilfe begründeten Unterstützungssätze des Verbandes mit dem Beitragsaufkommen in einem erträglichen Verhältnis standen. Das ist aus folgenden Zahlen ersichtlich:

Monat	Dezbr.	Arbeitslose	Kranke	Invaliden
1910		811	440	272
1913		727	372	309
1924		209	—	306
1930		5409	602	715

Ende September 1931 ergibt sich folgendes:

Arbeitslose	7503
Kranke	716
Invaliden	760

Von den Kurzarbeitern, die 4540 zählten, soll gar nicht geredet werden. Diese Tatsachen, in Verbindung mit der Erkenntnis, daß die Folge des Krieges auch ein Strukturwandel der Wirtschaft ist, haben fast der gesamten Kollegenschaft die Einsicht gegeben, sich mit Unvermeidlichem abzufinden. Schön sind die Beschlüsse auf so starke Beschneldung der Unterstützungssätze bestimmt nicht und die Verbandstagsdelegierten wie die verantwortlichen Verbandskörperschaften haben nur unter Widerstreben so beschlossen. Aber anders zu handeln und dem guten Herzen das Wort zu lassen wäre Vergehen gewesen. Gerade weil der Verbandsvorstand die Dinge richtig sah und der entscheidenden Verbandskörperschaft das letzte Wort bei so entscheidenden Beschlüssen zukommt, berief er trotz gutgemeinter Ratschläge vieler Kollegen den Verbandstag.

Selbstverständlich sind auch Meinungen über den Verbandstag laut geworden, die in anderer Richtung gehen. Wir geben zwei solcher Ansichten Raum, die aber ganz abwegig sind. So wird von Halle a. d. S. wie folgt berichtet:

Die ordnungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung der Zahlstelle Halle, am 19. September 1931, befaßte sich eingehend mit den Auswirkungen der Beschlüsse vom Erfurter Verbandstag. In Anbetracht der Wichtigkeit dieses Punktes der Tagesordnung war die Versammlung eine gutbesuchte. Nachdem der Vorsitzende die Beschlüsse des Verbandstages bekanntgegeben hatte, setzte eine lebhaft Diskussion ein. Es herrschte eine allgemeine Empörung über den rigorosen Abbau der Unterstützungssätze. Nach sachlichen Erwägungen wurde folgende Entschliebung eingebracht und fand Annahme gegen eine Stimme.

„Die am 19. September 1931 tagende Mitgliederversammlung der Zahlstelle Halle hat von dem rigorosen Abbau der Unterstützungseinrichtungen Kenntnis genommen.“

Die Kollegen waren sich bewußt, daß auf diesem Gebiet Opfer gebracht werden mußten. Sie können aber nicht einsehen, daß ein derartiger rücksichtsloser Abbau notwendig war.

Die Versammlung steht im Gegensatz zu dem Beschluß des Erfurter Verbandstages auf dem Standpunkt, daß die Unterstützungseinrichtungen nicht das Sekundäre, sondern genau so wichtig sind wie die Gewerkschaftssätze. Die Gewerkschaften sind infolge der veränderten Wirtschaftsstruktur in die Abwehrstellung gedrängt worden. In diesem Abwehrkampf sind die Unterstützungseinrichtungen, besonders die Arbeitslosenunterstützung, ein Kampfmittel von hervorragender Bedeutung. Die Unterstützungseinrichtungen haben ferner die Fluktuation unter den Mitgliedern verhindert und den Verband zu seiner jetzigen Größe und Bedeutung verholfen.

Aus diesen Erwägungen heraus hätte der Verbandstag die weitere Inanspruchnahme der Gewerkschaftskasse in dieser Notzeit verantworten können. Die außerordentlich tief gehende Beunruhigung und Erbitterung der Kollegen hätte sich dann vermeiden lassen. Die Versammlung erwartet umgehend Maßnahmen, durch welche die krassesten Härten dieser Beschlüsse gemildert werden. — Im Hinblick auf die allgemeine Notlage unter den Kollegen, die durch diese Beschlüsse noch vergrößert worden ist, hat es auf die Kollegen den denkbar schlechtesten Eindruck gemacht, daß erst der Verbandstag kommen mußte, um unsere Angestellten zu veranlassen, auf das dreizehnte Monatsgehalt zu verzichten. Die Kollegen erwarten, daß die Angestellten aus eigener Entschliebung ihre Gehälter mit der schlechten Finanzlage des Verbandes schnellstens in Einklang bringen.“

Diese Entschliebung erhält folgenden Nachtrag, welcher ebenfalls zur Annahme gelangte.

„Wie die Zahlen beweisen, sind die hohen Zuschüsse aus der Hauptkasse schon seit längeren Zeiten im Gange. Es kann deshalb der Vorwurf nicht erspart bleiben, daß es an der nötigen Weitsicht der Kassenverwaltung gefehlt hat. Es wäre immerhin noch tragbar gewesen, schon vor längerer Zeit eine kleine Kürzung vorzunehmen als jetzt dieses geradezu katastrophale Abgleiten der Unterstützungssätze.“

Im weiteren beschloß die Versammlung den Beitrag nicht zu erhöhen, sondern zuungunsten der Ausgesteuerten den Extrabeitrag um 20 Pfennig zu senken.

Und von Offenbach a. M. kam folgender Bericht:

In Fortsetzung der Aussprache über die Beschlüsse des Verbandstages in Erfurt hat die Mitgliederversammlung von Offenbach am 22. September nochmals zu den nunmehr klarer hervortretenden Ergebnissen Stellung genommen. Bereits in der Berichtsversammlung vom 1. September war die Auswirkung dieser mehr oder weniger zwangsläufigen Beschlüsse erkennbar.

Nach jetzt erfolgter Klarstellung war eine weitere Aussprache dringendes Bedürfnis geworden. Die Tatsache der starken Veränderung in den inneren Einrichtungen des Verbandes, besonders die Einschränkungen in einzelnen Unterstützungszweigen waren Gegenstand heftigster Meinungsäußerungen. Unverständlich blieb den Kollegen die Art der Finanzpolitik, die die notwendige Voraussicht und Verantwortlichkeit gerade in schwierigen Zeitläuften vermissen läßt. Kritisiert wurde das Sichtreihenlassen bis zum Termin des Verbandstages, anstatt in Kenntnis der rückläufigen Bewegung der Wirtschaft auch die Verbandsrichtungen rechtzeitig den veränderten Verhältnissen anzupassen. Dieses Ausschöpfen einiger Fonds, das ist es, was dem in schwerer Fron schaffenden Kollegen, den immer nur beitragszahlenden Mitglieder untragbar erscheint. Dem Einwand, eine frühere Regelung wäre aus statutarischen Gründen nicht möglich gewesen, konnten die Versammlungsbesucher nicht beitreten; eben so wenig wurden die Ausführungen, die die Unmöglichkeit der Voraussicht dieser Abwärtsentwicklung darstellten, gutgehehen. Denn seit Jahresfrist sind beachtenswerte Sparmaßnahmen vorgeschlagen worden, weiter waren bestimmte Vollmachten für den Verbandsvorstand und Beirat durchaus anwendbar oder diese durch Urabstimmung, wenn notwendig, zu erlangen.

Bei dieser Kritik handelt es sich nicht um Vornstellung der Unterstützungskassen vor die Gewerkschaftskasse; hier dreht es sich um den Verlust erworbener Rechte. Durch die Überspannung der Unterstützungseinrichtungen sind diese auf unserer engen Grundlage problematisch und außer jedem rechnerischen Verhältnis geblieben. Das hat zur Folge, daß die gehegten Hoffnungen zu Illusionen werden, zu Enttäuschungen sich umkehren. Glaubt man die Erfurter Beschlüsse auch nur für kurze Sicht als ausreichend gelten zu lassen?

Alle diese Betrachtungen sind unseres Erachtens zur Gesundung notwendig; so verlangt auch die Offenbacher Mitgliederversammlung weitestgehende Einsparung auf dem Gebiete der Literatur und der Verwaltung. Dazu wurde folgende Entschliebung einstimmig angenommen:

„Die in der Versammlung vom 22. September 1931 anwesenden Kollegen verlangen vom Verbandsvorstand äußerste Sparsamkeit in der Verwaltung. Die ersparten Mittel fließen ungeschmälert in den Kampffonds des Verbandes.“

Es erübrigt sich festzustellen, daß gewerkschaftliche Einrichtungen in erster Linie der gegenseitigen Hilfe der Mitglieder dienen, deshalb sie auch auf der Grundlage der Solidarität aufgebaut sind. Beachtung muß jedoch auch der weitere Grundsatz finden, daß Leistungen und Gegenleistungen den notwendigen Ausgleich bilden.

Zur Annahme gelangte noch folgender Antrag:

„Die Gewerkschaften haben darauf zu dringen, daß den Erwerbslosen zur Erhaltung ihrer Anwartschaft auf die Invalidenversicherung jede Beitragsleistung erlassen wird.“

Wenn ein Teil der hallischen Kollegen nicht einsehen kann, daß die Unterstützungssätze so festgesetzt werden mußten, nachdem ihnen hinreichend Aufklärung geworden ist, muß der Einwand ertragen werden. Aber entschieden muß dem Verlangen widersprochen werden, die Mittel der Gewerkschaft ganz für Unterstützungen zu verbrauchen. Ganz bewußt hat der Verbandstag solchem Verlangen einen dicken Riegel vorgeschoben. Und es soll zukünftig Grundsatz sein, daß aus der Gewerkschaftskasse für Unterstützungen keine Gelder mehr bereitgestellt werden. Das erzwingt die Haltung der Unternehmer auch ganz von selbst.

Wenn Halle und Offenbach Kritik daran üben, daß die Verbandskörperschaften den Verbandstag entscheiden lieben und die Entscheidung nicht vorwegnehmen, so geht es hier um die Demokratie im Verbands. Wir und die Mehrzahl der Kollegen sind der Ansicht, daß bei so weitgehenden Beschlüssen der Verbandstag zuerst entscheidet. Und so möchte es auch im Interesse der Kollegen und des Verbandes zukünftig bleiben auch auf die Gefahr hin, daß einige Kollegen anderer Meinung sind und „Voraussicht“ und „Verantwortung“ vermissen.

Mit diesen Einwänden zu den Kritiken soll es sein Bewenden haben, da es doch noch notwendig sein wird, gelegentlich darauf zurück zu kommen. Die Kollegenschaft hat die Beschlüsse des Erfurter Verbandstages so aufgenommen, wie es einer gut organisierten freigewerkschaftlichen Truppe zur Ehre gereicht. Diese Haltung der Kollegenschaft macht den Unternehmern viel größere Sorge um ihre Zukunft als alle bisher gefaßten Kampfbeschlüsse zusammen. Das ging auch so deutlich aus der Unternehmerpresse anläßlich der Besprechung des Erfurter Verbandstages hervor, daß zu sagen nichts mehr übrig blieb. Eine bessere Bestätigung der Richtigkeit der gefaßten Beschlüsse ist für die Kollegen nicht zu haben. Und ihr sei die Versicherung angesprochen, daß den Unternehmern zurückgezahlt wird, was man der Gehilfenschaft jetzt antut.

Der Lohntarif im Buchdruckgewerbe gekündigt

Wie der „Korrespondent“ berichtet, hat der Deutsche Buchdrucker-Verein das für das deutsche Buchdruckgewerbe bis 30. November gültige Lohnabkommen gekündigt, sicher auch mit der Begründung, daß die wirtschaftlichen Notwendigkeiten des Gewerbes einen erheblichen Lohnabbau erfordern. Denn solche Redensarten sind jetzt Mode um das reaktionäre Tun der Unternehmer zu verschleiern. Die Buchdrucker kommen also ebenfalls wieder in einen Lohnkampf hinein, der das RAM in Aktion setzen wird. Das deutet der „Korrespondent“ wie folgt an:

„Wir sind fest überzeugt, daß, wenn es sich nur um Willen oder Können der Wirtschaftsführer im deutschen Buchdruckgewerbe (d. h. ohne staatliche Hilfeleistung) handeln würde, alle diesbezüglichen Gelüste an dem geschlossenen Widerstand der gesamten Arbeiterschaft des Gewerbes zum Scheitern verurteilt wären. Aber man baut offenbar erneut auf die gerade von diesen Wirtschaftsführern so viel verlästerte „politische Lohnbildung“ durch staatlichen Zwang, um die Lebenshaltung der deutschen Buchdrucker bis auf ein unerträgliches Minimum herabzudrücken.“

Die internationale Union der Buchdruckereibesitzer

Kürzlich hat in Bern, eine Sitzung des internationalen Büros der Buchdruckereibesitzer stattgefunden. Vertreten waren die Länder Belgien, Deutschland (durch Rudolf Ullstein), England, Schweden und die Schweiz. Die Arbeiterschaft dürfte vor allen Dingen Interesse daran haben, daß die Herren beschlossen haben, sich mit allen Mitteln dafür einzusetzen, daß die Arbeitszeit auf keinen Fall auf weniger als 48 Stunden pro Woche herabgesetzt werde, andererseits soll so weit als möglich die Einführung der Akkordarbeit angestrebt werden.

In bezug auf die gegenseitige Unterstützung im Falle eines größeren Streiks in einem Lande werden keine bindenden Beschlüsse verkündet.

Das einzig tröstliche an dem Verhandlungsbericht ist die Tatsache, daß es den Unternehmern in bezug auf ihre internationale Organisation anscheinend nicht besser geht, wie wohl den meisten internationalen Verbindungen der Arbeiterschaft: die Mehrzahl der Länder erkennt zwar die Notwendigkeit der internationalen Zusammenarbeit an, es wird jedoch mit Bedauern festgestellt, daß die finanzielle Lage nicht so ist, wie sie sein sollte.

TREUE

Wo wohnt er denn, unser Freund, der Wolf? Ei, so guck doch, da — Parterre, da stehts ja auf dem Messingschildchen, les: „Wolf Bergstoß, Steindrucker.“

Eigentlich, 'n feines Haus — und dazu noch in Parterre — 'ne teure Wohnung. Dschaa, stimmt — aber der Wolf zahlt nur halbe Miete — seine Frau ist Hausmeisterin, sie putzt die Stiegen — statt 80 Mark zahlen Bergstoßers für die Wohnung nur 40 Mark. Das is immer noch allerhand Geld — 40 Mark den Monat, die Steindruckerei bringt nicht mehr soviel ein — und dann, der Lohnabbau und die Kurzarbeit noch dazu — —

Klingel doch mal!
Aah, guten Tag, bitte, kommt doch herein, Wolf ist schon fort, mit drei Mann sind sie los, jeder 'nen Packer Flugblätter unterm Arm — Waas, sie sind schon los, mit den Flugblättern? Das nenne ich Treue, Eifer: für unsere gute Sache, für den Sozialismus: für den freien Gewerkschaftsgedanken und für die Partei.

Wir sitzen bei Genossin Gretel Bergstoß in der Küche. Der Kanarienvogel singt. Und die Wasserleitung tropft. Wie die Uhr der Ewigkeit. Frau Gretel ist jung und schön, aber schmal und blaß. Die Großstadtluft. Und die viele Arbeit — das große Haus sauber halten — elf Partien wohnen drin, sie nennen sich „bessere Leute“, drum sind sie knurrig und sehr anspruchsvoll — Hausmeisterin, hören Sie mal, kommen Sie mal schnell rauf, hier liegt 'n Fächchen auf der Treppe — und da brütet 'ne Spinne!

Jaa — das Leben ist hart, die lieben Mitmenschen vergällen dir gerne das Leben — nicht alle, wir Unteren halten zusammen, wir sind uns treu: wir Sozialisten helfen einander!

Daas hier: sagt Frau Steindrucker Bergstoß — mit diesem Flugblatt hier sind sie los, mein Wolf und die beiden andern Genossen —

Und wir lesen:
„Arbeiter, Beamte. Warum ist die Volkswirtschaft krank? Weil sie ein doppeltes Krebsgeschwür hat: Unternehmer und Händler! Die Preisspanne zwischen Produktion und Konsument ist zu groß — hier schwärt das doppelte Krebsgeschwür, Unternehmerprofit und Handelsprofit verteuern unsinnig die Ware, die Lebensgüter. Zur Gesundung brauchen wir eine ernste Planwirtschaft — die Vernunft soll die Triebfeder der Wirtschaft sein, nicht der Profitsinn! Eine soziale Planwirtschaft hebt den Unternehmer- und Händlerprofit auf — und regelt automatisch Produktion und Konsumtion — d. h. es wird nicht mehr erzeugt, als gebraucht wird. Gewiß — Modernisierung der Technik — immer vollendetere Maschinen, daß der Mensch von aller rohen und harten Arbeit mehr und mehr befreit werde. Eine soziale Wirtschaft schenkt uns allen ein maßvolles Sattsein, Freiheit und Schönheit. Natur, Kunst, Reisen: alles will uns beglücken. Arbeiter! Beamte! Werdet unsere Mitstreiter: für die soziale Planwirtschaft, gegen den Profitsinn. Die freien Gewerkschaften und die soziale Partei.“

Schön. Gut. Bravo. Wir freuen uns. Der Genossin Gretel Bergstoß glitzern die Augen. Vor Stolz: Mein Mann ist mit den Flugblättern los. Treue zur Idee! Friede und Wohlfahrt allen Menschen.
Nein, sagt Genossin Gretel, Kinder haben wir keine. Bei den Zeiten! Und dann — wir sind erst drei Jahre verheiratet. Und ein ganz klein wenig wird unser Gretel rot. Wie singt das Vögelchen, das Kanarienhähnchen — tri—tra—tropf, macht die Wasserleitung. Wir sitzen in der Küche.
Och was, in der sozialen Gesellschaft werden die Menschen sich vor Übervollkerung nicht einander auffressen. Durch Vernunft regeln wir auch das Übermaß der Geburten. Es kommt die

Zeit: wo durch Gesetz jedem Ehepaare nur zwei Kinder zugestanden werden — ein zu großer Segen wird durch die soziale Ärzteschaft gesetzlich unterbunden werden. Auch die Frauen und Mädchen sollen ihr Leben genießen: sie sollen keine Bruthennen und Zuchtsäue sein, nein, gewöhnlich nicht! Nicht auf viele Menschen kommt es an — sondern der Sinn des Lebens liegt in freien und gesunden und schönen Menschen, nicht Menschengerümpel — sondern wertvolle Menschen. Das ist sozialistische Ideologie.

Rrrr — Telephon. Frau Gretel stürzt hin. Ins Schlafzimmer —

Ein Schrei, um Gottes willen, was is denn passiert — lauf? Da liegt Frau Gretel Bergstoß am Boden, vor dem Telephon — und sie schlägt mit Händen und Füßen um sich, Schaum steht ihr vorm Munde — sie schreit: Mein Wolf, mein Wolf, gestochen, er verblutet — im Krankenhaus.

Mädels von der Graphik

*Schmutzige Hände, das ist nicht schlimm,
Schmutzige Herzen, das wäre schlimm!*

*Blatt und Blätter in die Pressen hinein,
Alles soll bunt gezeichnet sein.*

*Farbig der Himmel, farbig die Welt —
Farbig das Herz: das zum Herzen hält!*

*Freunde und Freundin, treu im Verband:
Rot ist das Herz und rot wird das Land.*

*Das Leben, das Leben: wie ist es so schön —
Selbst schön an der graphischen Presse zu stehn.*

*Grün sind die Palmen, die Branaungschäumt weiß —
Und die Tropensonne, die brennt so heiß!*

*Druck und Drucke, Bilder und Bild —
Noch nie ward der Hunger auf Leben gestillt!*

Helpe du der Frau — ich höre durchs Telephon. Jaawool, hier Krankenhaus — der Steindrucker Wolf Bergstoß ist hier tödlich verletzt eingeliefert, die Halsschlagader durchstochen —

Schorsch, passe du auf die Frau, hilf ihr, versorge sie — ich selbst laufe ins Krankenhaus.

Auf der Straße — hier kriege ich ein Extrablatt in die Hand. „Politische Rauferei. Bei Verteilung von Flugblättern wurden sozialistische Arbeiter von gegnerischen Horden überfallen — es gab einen Toten und zwei Schwerverletzte. Der eine Verletzte ist —“

Nach drei Monaten. Dem Steindrucker Wolf Bergstoß geht es besser, er wird weiter leben, zwar ist er sehr sehr schwach — der große Blutverlust. Genosse Wolf liegt noch im Hospital.
Bei Frau Bergstoß, bei Genossin Gretel, sie weint.

Jaa, ich bin gekündigt, der Hausherr setzt mich auf die Straße — und doch habe ich das Haus immer gut sauber gehalten — kein Grund zur Klage. Nein, gewiß nicht, Frau Bergstoß, sagte der dicke Hausherr — aber, sehen Sie, Frauchen, bei mir im Hause wohnen lauter bessere Leute, alles nationale Parteien, treudeutsch, wie ich selber, — und solche politischen, sozialistischen und niedrigen „Raufereien“ — —

Soo, wir haben für unsern Genossen Steindrucker Wolf und für Genossin Gretel gesorgt. Kran-

kenhaus, Gewerkschaft und Partei haben gemeinsam geholfen — Treue um Treue! Wolf und Gretel sind nun in Bad Nauheim. Wolf hat von dem Messerstich ein schweres Herzerleiden bekommen, der große Blutverlust, Bad Nauheim wird helfen. Sie sind schon sechs Wochen da.

Bad Nauheim. Springende heiße Sprudel. Marmorne Wandelgänge. Bunte Herbstplatanen. Kränke in Liegestühlen. Ein wenig Sonne. Aile Sprachen — deutsch, englisch, französisch, tschechisch, italienisch —

Da im Liegestuhl, der magere abgehärmte Mann, der ist Genosse Wolf, der Steindrucker aus der Großstadt, das Opfer politischer gegnerischer Roheit. Wolfs Augen haben wenig Glanz, seine Frau sticht — in Seide — eine amerikanische Flagge, mit einem bunten Yankeeadler drauf, für ein Auto, eine Bestellung, von einem Deutsch-amerikaner, Mister Bolzen aus Chikago — durch ein Kunststickereigeschäft kam er auf die geschickten Hände der Frau Bergstoß, sie sticht für Geld.

Und des Genossen Wolf Antlitz ist voller schmerzlicher Zuckungen. Was hatte Mister Bolzen gesagt? Bergstoß — hatte der Mann aus Chikago gesagt — Sie und Ihre Frau gefallen mir — kommen Sie mit nach Chikago — ich bin Besitzer eines großen Steindruckbetriebes — ich liefere Plakate und Etiketten für die „Chikago Pork Co. Limited“ — Fleischkonserven mit beschränkter Haftung. Jaa, Bergstoß, ich habe keine Frau und keine Kinder, ich werde fünfzig, Ihre Frau und Sie gefallen mir — ich nehme Sie alle beide mit nach Chikago — Sie kommen in meinen Betrieb — ich mache Sie zum Obermaschinenmeister — es wird aber nur sechs Stunden bei mir geschafft, Sie werden sich dran gewöhnen müssen — sechs mal sechs gibt sechsendreißig Stunden die Woche — das is genug — gute Arbeit, aber kurze Arbeit — wir haben in Chikago keine arbeitslosen Steindrucker — — und Ihre Frau gefällt mir — und ein Auto — — Bumms, aus, die Uhr ist abgelaufen — Wolf Bergstoß ist tot! Herzschlag.

Der Genosse ist beigezsetzt. In Bad Nauheim, auf dem Urnenfriedhof. Eine schwarze Marmoräfel, mit Goldschrift: „Wolf Bergstoß. Ein Leben um Liebe“. Weiter nichts.

Schwarz. Trauer. Am dampfenden Sprudelbrunnen sitzt die Witfrau Gretel Bergstoß. Sie weint und sticht. Sie sticht eine goldene Fackel, in rote Seide, ein Auftrag der Ortsgruppe, soziale Partei. Helfen wir uns gegenseitig.

Mister Bolzen aus Chikago ist abgereist. Frau Gretel gab ihm dieses Abschiedswort: Nein, ich gehe nicht mit. Suchen Sie sich 'ne andre Adopfltochter, eine: die Ihnen weniger gut gefällt. Ich brauche Ihre Erbschaft nicht. Hier bleibe ich — Treue um Treue — die Graburne meines Mannes ist mein Heiligtum. Ich werde nicht verhungern — sehen Sie, was ich sticke: Rote Seide, goldene Fackel — und das Sonnenwort: „Immer treu!“ Unsere Parteifahne. Nein, ich reise nicht.

Mister Bolzen sagte: Never mind, schade, good-bye!
Max Dortu.

Vom Büchertisch

Freherr von Stein, ein Führer zum neuen Reich. Verlag Gutenberghaus, Berlin.

Mit glücklicher Hand ist es gelungen ein Bild von diesem weitsichtigen Staatsmann zu zeichnen. Wie gewaltig das Werk dieses Staatsmannes ist, erkennt man daran, daß es noch unserer Zeit vorbehalten bleibt, den geplanten Reformen Geltung zu verschaffen. Es sind die alten Kräfte noch, die uns heute Widerstand leisten, es sind auch dieselben Kräfte, die unentwegt am Aufstieg Deutschlands arbeiten. Es ist richtig, daß vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund zur Jetztzeit mit diesem Buche auf den genialen Führer hingewiesen wird. Ein Studium dieses Buches ist gleichzeitig der beste Gesichtspunkt über die Fähigkeiten des damaligen Hofes und des Königs.

Es ist neu erschienen:
Kinderland 1932

Ein Jahrbuch für Arbeiterkinder in Stadt und Land. Reich illustriert. Farbige Bilder beleben das Buch. Sprudelnde Lebensfreude vom ersten bis zum letzten Blatt. Die Kinder haben selbst daran mitgearbeitet. Das Kinderland kostet **1.50 RM.** Zu haben in allen Parteibuchhandlungen.

Beteiligung

an kleiner Kunstausstellung gesucht. Besitzer muß Fachmann sein. Beteiligung erfolgt auch bei Zahlungsschwierigkeiten. Ausführliche Mitteilungen erb. an

Richard Lang, Stuttgart, Königstraße 78

Es ist erschienen:
Der sozialdemokratische Abreißkalender 1932

In Kupfertiefdruck hergestellt. Er bringt historische Daten aus der Arbeiterbewegung, astronomische Angaben (Sonnenlauf- und untergänge, Mondphasen, Planetenbewegung usw.). Gute Bilder beleben den Kalender, so daß er in jedem Haushalt, in jedem Büro eine Zierde darstellt. Der Kalender kostet **2.- RM.** Zu haben in allen Parteibuchhandlungen.

FACHLITERATUR!

Der praktische Umdrucker von Bernhard Enders. Preis inklusive Nachnahme 1.10 RM.

Das Tauschieren und Ätzen der Metalle von G. Schweikhard und W. v. Falkenstein. Preis inklusive Nachnahme 1.60 RM.

Das Berechnungswesen des Steindrucks von Alfred Weck. Preis inklusive Nachnahme und Porto 1.90 RM.

Praktikum des Stein- und Zinkdruckes von Witte. Preis inklusive Nachnahme 10.40 RM.

Die Erfindung der Lithographie von F. Hansen. Preis inklusive Nachnahme 0.80 RM.

Zu beziehen durch:

Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig